

Europa - ein „Kontinent wandernder Grenzen“ -

Vortrag in der Matinee des Moses Mendelsohn Zentrums und der
Konrad Adenauer Stiftung, Berlin am 28. September 2014

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
als vor gut einem Jahr mein Buch mit dem Titel „Grenzland Europa. Unterwegs auf einem neuen Kontinent“ erschien, konnte ich mir nicht vorstellen, dass der Titel auf eine so prägnant-verhängnisvolle Weise von der Wirklichkeit eingeholt, ja überholt werden würde. „Grenzland“ – das ist ja der deutsche Name für Ukraina, für die Ukraine, für das Grenzland gegen die Steppe und gegen die Nomadenvölker. Bis vor einem Jahr wußten vielleicht nur Experten und speziell Interessierte, wo dieses Land überhaupt liegt. Seit einem halben Jahr aber haben wir Nachhilfeunterricht in Geographie erhalten, ob wir wollten oder nicht. Die Ukraine war nicht eingezeichnet auf der mentalen Landkarte, die wir in unseren Köpfen mit uns tragen. Nun aber ist sie da, fast täglich in den Nachrichten, in Reportagen und Korrespondentenberichten. Russland hat die Krim annektiert und die territoriale Integrität eines grossen europäischen Staates verletzt. In einem unerklärten Krieg läßt Russland seine Truppen die Grenze überschreiten. Wir sind Augenzeugen eines Vorgangs, den wir sonst nur aus der Geschichte und vom Hören-Sagen kennen: gewaltsamer Grenzverletzung und Grenzrevision. Dabei hatten wir bis vor kurzem noch geglaubt, dass so etwas für immer der Vergangenheit angehören würde. Doch gerade die in diesem Jahr begangenen Jahrestage – 1914, 1939, 1989 – sind nicht nur zeitliche Zäsuren. In ihnen wurden jeweils auch Grenzen überschritten, Ordnungen umgestossen und Grenzen neu gezogen.

In einer an Jubiläumsfeiern nicht armen Zeit nimmt die 100. Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, des „Grossen Krieges“, eine Sonderstellung ein. Dies kann man ablesen an einer Vielzahl von Veranstaltungen sowohl in den europäischen Hauptstädten wie in einzelnen vom Krieg besonders betroffenen Orten und Regionen. Das Begehen solcher Erinnerung ist kein spontaner Vorgang, sondern von langer Hand vorbereitet. Ausstellungen wie die im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien oder im Deutschen Historischen Museum in Berlin sind schon vor vielen Jahren beschlossen und in Angriff genommen worden. Konferenzen und Referenten mußten schon lange bevor es soweit war, im Terminkalender festgemacht und thematisch vorbereitet werden. Allein die erstaunliche Anzahl von umfangreichen Neuerscheinungen zeigt, dass hier lange vor dem Erscheinungsdatum die Uhr tickte. Grosse Werke wie die jetzt zum Ersten Weltkrieg erschienenen haben Jahre an Archivstudium, Recherche und Schreibaarbeit zur Voraussetzung. Und was mit Blick auf die Hauptwerke, die jetzt in den Buchhandlungen ausliegen, vorgestellt, rezensiert und diskutiert werden – sie finden ihr Publikum, ein sehr grosses sogar, das sich ein umfangreiches Lesepensum zumutet und zutraut. Alle Arbeiten – Christopher Clarks „Schlafwandler“, Jörn Leonhards „Die Büchse der Pandora“, Herfried Münklers „Der Grosse Krieg“, Jörg Friedrichs „1914/18“, um nur die wichtigsten zu nennen – reichen an die 1000 Seiten heran und sind inzwischen schon in mehreren Auflagen ausgeliefert worden. Der Zyklus von routinemässigen Jubiläumsfeiern, den sich Museen und Verlagsplanungen zunutze machen, kann dieses gesteigerte Interesse nicht erklären. Eine solche Aufmerksamkeit für ein Thema läßt sich nicht einfach inszenieren, sondern sie muss irgendwo tiefer verankert sein.

Meine eigene Skepsis, gleichwohl ich selbst der Zunft der Historiker angehöre, gegenüber dem erstaunlichen Auftrieb an Publikationen, Veranstaltungen,

Ausstellungen, sagte mir zunächst - eher als eine Vermutung, als ein Verdacht -, dass es sich um eine Art Recycling handeln muss, das in dieser Rückwendung auf die Vergangenheit eine gewisse Müdigkeit zum Ausdruck kam: die Gegenwart in all ihrer Unübersichtlichkeit, inmitten all der ungelösten Probleme und zahlreichen Baustellen, ist anstrengend, zu anstrengend, während die Vergangenheit wenigstens den Vorteil hat, dass sie hinter uns liegt, dass sie abgeschlossen ist, dass sie sich überblicken lässt. Ganz anders die Gegenwart. Ernst Bloch hat die Gegenwart einmal als „das Dunkel des gelebten Augenblicks“ bezeichnet – in diesem Dunkel, in dem alles offen und noch unentschieden und voller Risiko ist, zu leben, ist sehr anstrengend. Ist das grosse Interesse an der Vergangenheit also eine Flucht aus der Gegenwart, eher Eskapismus als lebendiges Geschichtsinteresse?

Man kann aber auch umgekehrt argumentieren: es ist gerade die unsicher gewordene Gegenwart, die das starke Interesse für den Ersten Weltkrieg erklärt. Die Welt des Kalten Krieges war irgendwie geordnet: es gab die Grosse Grenze, Hüben und Drüben, die Demokratie und die Diktatur, den freien Markt und die Planwirtschaft, und es gab nach 1989, nach der Grossen Wende die Vorstellung, dass sich nun die grossen Gegensätze, die Europa und die Welt geteilt hatten, sich auflösen würden, freilich nicht ohne Schwierigkeiten. Es würde Probleme geben mit der Transformation, aber es gab so etwas wie ein Urvertrauen, dass die Transformation gelingen würde, weil es einen klaren Orientierungspunkt gab, meist identisch mit dem Modell des Westens, das sich als attraktiv erweisen hatte, oder enger: mit der Europäischen Union, das Erfolgsmodell, das Europa nach dem Krieg wieder auf die Beine und zum Vorbild für andere Weltregionen hatte werden lassen.

Dieses Urvertrauen in den Gang der Dinge ist erschüttert worden: mit den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre war der Krieg erstmals nach 1945 wieder nach Europa zurückgekehrt, mit dem Terroranschlag auf das World Trade Center 2001 war eine ganz neue Front eröffnet, die sich von Manhattan bis Afghanistan erstreckte; selbst die Hoffnungen auf eine demokratische Umwälzung in der arabischen Welt wurden schnell enttäuscht. Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Welt nicht ruhiger, friedlicher, überschaubarer geworden, sondern umgekehrt: instabiler, chaotischer, konfliktreicher inmitten einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Weltmassstab. Und nun, zuletzt auch noch der Schock des Angriffs Russlands auf die Ukraine, zuerst in der gewaltsamen Herauslösung der Krim aus der Ukraine und nun in der anhaltenden Destabilisierung der Ukraine durch die Unterstützung terroristischer und separatistischer Kräfte in der östlichen Ukraine.

Die Gewissheit, dass Europa das Jahrhundert der Extreme endgültig hinter sich gebracht hat, dass gewaltsame Grenzverschiebungen und Krieg auf europäischem Boden nicht mehr möglich sind, ist dahin, und dieses Gefühl der Verunsicherung ist wohl der tiefere Grund für das wache Interesse an einem eigentlich nur antiquarischen Datum. Man hat den Eindruck, dass die Leute nicht nur wissen wollen, was da eigentlich passiert ist – mit dem Attentat, mit der Julikrise, mit dem Verlauf der mörderischen Materialschlachten – sondern dass im Interesse an der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ – so George F. Kennans Formulierung – auch die Frage gestellt ist, was das 20. Jahrhundert als ganzes gewesen ist, was es gebracht hat. Der Erste Weltkrieg wird gleichsam zum Schlüssel zum Verständnis eines ganzen Jahrhunderts, von dem die Europäer, die ins 21. Jahrhundert eingetreten sind, nun Abschied nehmen. Man kann darüber im Zweifel sein, ob sich aus der Urkatastrophe ein ganzes Jahrhundert ableiten lässt. Es ist gewiss wieder nur eine Vereinfachung.

Das wird schon allein daran deutlich, dass für die einen der Weltkrieg als Urkatastrophe in Erinnerung ist, für die anderen als der historische Augenblick des Zusammenbruchs

von Imperien, und damit der Augenblick der Freiheit und Gewinnung einer lang ersehnten nationalen Eigenstaatlichkeit. Es gibt in den Krieg führenden und vom Krieg betroffenen Ländern ganz unterschiedliche Erinnerungen, ein unterschiedliche Präsenz des „Grossen Krieges“. Die Wahrnehmung ist unterschiedlich zentriert. Im Gedächtnis der Deutschen, Franzosen, Engländer sind es vor allem die grossen Materialschlachten des Stellungskrieges an der Westfront mit Hunderttausenden von Toten, dem Leben in den „trenches“, den „Stahlgewittern“, dem maschinisierten Krieg, dem Einsatz von Zeppelin, Flugzeugen und Gas, während die Erfahrung der Ostfront kaum gewärtig sind, so als habe es die Schlachten in Ostpreussen, in Galizien, in den Karpathen nicht gegeben. Es herrscht eine merkwürdige Asymetrie: wir kennen Ypern, Douaumont, Verdun, die Marne und die Somme-Schlachten, aber nur selten Orte wie Przemysl, Gorlice, Riga. Es ist gibt ein deutliches West-Ost-Gefälle in der Wahrnehmung des Grossen Krieges. Und was uns als Auslöser, als trigger, als Urkatastrophe erscheint, ist anderen der Moment der Befreiung zu eigener Staatlichkeit. Aus dem Zusammenbruch der Donaumonarchie ging die Tschechoslowakei hervor, das Königreich ser Serben, Kroaten und Slowenen, später Jugoslawien genannt. Aus dem Zerfall des Russischen Imperiums ging das Unabhängige Finnland hervor, die baltischen Republiken Estland, Lettland, Litauen, für einen Augenblick auch eine unabhängig gewordene Ukraine; aus der Niederlage der alten Teilungsmächte Russland, Österreich und Deutschland erstand die zweite Polnische Republik, ein Polen, das im 18. Jahrhundert von der Landkarte getilgt worden war. Aus dem Ende des Osmanischen Reiches gingen zahlreiche neue Staaten hervor, nicht zuletzt die Türkei selbst.

Nicht für alle Europäer ist der Erste Weltkrieg daher identisch mit traumatischen und traumatisierenden Erfahrungen. Hinzukommt dass er in der Erinnerung durch die Folgeentwicklung unterschiedlich wahrgenommen wird. Das Russische Reich steuerte nach den Revolutionen des Jahres 1917 in eine „Zeit der Wirren“ hinein, in einen Bürgerkrieg, der was die Zahl der Menschenopfer wie die Grausamkeit der Auseinandersetzung angeht, die Erfahrungen des Weltkrieges in den Hintergrund rückte, ja fast ganz zum Verschwinden brachte. Viele Völker und Nationen erhielten erst in Krieg und Revolution ihre Unabhängigkeit und staatliche Form, um sie alsbald mit dem Sieg der Bolschewiki wieder zu verlieren – so die Ukraine, die kaukasischen und zentralasiatischen Völker.

Eine Differenz gibt es auch in der Datierung der zeitlichen Zäsuren. In vielen der vom Krieg betroffenen Ländern ging der Krieg in den Bürgerkrieg über oder in Kriege um die Gewinnung der Grenzen. Diese Kriege zogen sich oft noch Jahre hin. Polen hatte seine Grenzen nach dem Krieg erst etwa 1921, nach Aufständen und Grenzkriegen – in Oberschlesien, Westpreussen, Wilna, Ostgalizien, Wolhynien – gefunden. Auf dem Territorium des ehemaligen Russischen Reiches ging der Bürgerkrieg – in Fernost - erst 1922 zu Ende und mündete in die Bildung der UdSSR. Damit soll gesagt werden, dass auch die uns vertraute Periodisierung – 1914-1918, Kriegsausbruch 1914 und Waffenstillstand in Compiègne am 11. November 1918 bzw. Friedenskonferenz in Versailles 1919 – nicht allgemein ist: es gab unterschiedliche Verläufe und unterschiedliche Wahrnehmungen.

Dies alles bisher Gesagte diene nur dazu, den Kontext, die Umgebung, in der wir uns heute bewegen, zu skizzieren. Aus dem Ersten Weltkrieg ist eine neue Staatenwelt hervorgegangen, die mit ihren Grenzziehungen, den Minderheitenproblemen die Zwischenkriegszeit geprägt haben, und die in vieler Hinsicht an eine Situation erinnern, mit der wir heute, nach dem Ende der grossen Teilung Europas wieder konfrontiert scheinen.

Das Relief der Staatenwelt, das nach dem Ende des Kalten Krieges wieder hervorgetreten ist, erinnert in mancher Hinsicht an das der Zwischenkriegszeit. Die Probleme, die mit der Auflösung der west-östlichen Hemisphäre gegeben sind, erinnern in mancher Hinsicht an die Probleme nach dem Ende der Imperien 1918. Was kann man aus Europa als Land der Grenzen, als Grenzland, für heute lernen?

Im Folgenden sollen daher folgende Fragen behandelt werden:

Erstens: Grenzerfahrungen in Europa, „Wandernde Grenzen“

Zweitens: Imperien, imperiale Räume

Drittens: post-imperiale Nationalstaaten und ethnische Homogenisierung

Viertens: Volkstum, Revisionismus, Irridentismus

Fünftens: Geopolitik nach dem Ende des Kalten Krieges

Erstens: Grenzerfahrungen in Europa, „Wandernde Grenzen“

Was die wissenschaftliche Behandlung der Grenzen angeht, gibt es inzwischen eine regelrechte Grenzforschung, im englischen *boundarology* genannt. Sie untersucht Fragen der historischen Entstehung von Grenzen, von natürlichen, politischen, kulturellen, rechtlichen, religiösen usf. Grenzen; sie analysiert die Funktionsweise von Grenzen, die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie, unterschiedliche Typen von Grenzen: dauerhafte oder vorübergehende, hermetische oder durchlässige, harte oder weiche und zieht daraus Schlussfolgerungen für das *handeln* von Grenzen, also konkret das Management von Grenzen, der kontrollierten Grenzüberschreitung und ähnliches.

Aber wofür andere Sprachen viele Wörter brauchen: *border, boundary, frontier*, dafür gibt es im Deutschen das schöne und semantisch reich aufgeladene Wort „Grenze“, das gleichsam alle Bedeutungsgehalte enthält: die Grenzlinie, den Grenzsaum, das Grenzland, die Grenzzone, sogar Grenzgraben und Frontlinie. Es ist kein Zufall, dass das Wort Grenze aus dem Slavischen kommt – *granica* –, weil hier zum ersten Mal die germanische Welt auf die slavische stieß und von dort – erstmals taucht es in einer Thorner Urkunde des 13. Jahrhunderts auf – in die deutsche Sprache einwandert.

Da Grenzerfahrungen aber zu den fundamentalen Raumerfahrungen eines Jeden gehören, sei er Wissenschaftler oder einfacher Bürger eines Staatswesens, ist ein jeder mit Grenzerfahrungen konfrontiert und kann sich dazu seine Gedanken machen. Wir, in den relativ kleinen Ländern Europas lebend, in Mitteleuropa, im östlichen oder westlichen Europa, sind in dieser Hinsicht sogar privilegiert. Anders als die Bürger grosser Staaten sind fast von hause aus zur Grenzüberschreitung gezwungen. Grenzüberschreitung gehört fast zu unserem Alltag. Anders als in der früheren Sowjetunion, in der man sich über 11.000 Kilometer zwischen Brest und Wladiwostok bewegen konnte, ohne eine Grenze überschreiten zu müssen; anders auch als in den USA, wo man vom Atlantik bis zum Pazifik keine Grenzkontrolle passieren mußte, sind wir professionelle Grenzgänger. Wir überqueren auf kleinstem Raum zahlreiche Sprachgrenzen, innerhalb eines Landes konfessionelle Grenzen, und politische Grenzen. In der Zeit des Kalten Krieges war das die Grenze bei Helmstedt/Marienborn oder die Grenzübergangsstelle Friedrichstraße oder Oberbaumbrücke zwischen Westberlin und Ostberlin. Man durchschritt einen Eisernen Vorhang, der Welten trennte, die sich in fast allem unterschieden: in der Farbe – monotones Grau gegen grelle Reklamefarbe –, im Geruch, in den Verhaltensweisen der Grenzbeamten, sogar im Zeitgefühl. Allein im Zeitraum meiner Generation konnte man das Verschwinden der innereuropäischen Grenzen, der Passkontrollen, das Wachsen eines visafreien Raumes, eines Schengenraumes beobachten und erleben. Aber diese Erfahrung der – ich nenne sie –

„Marienborn-Generation“ ist nichts im Vergleich mit der Erfahrung unserer Eltern und Grosseltern, besonders dann, wenn sie an neuralgischen Schnittpunkten, wo Imperien und Staaten aufeinandertrafen, lebten.

Hier konnte es passieren, dass jemand, ohne dass er seinen Wohnort wechselte, mehr als einmal in seinem Leben die Staatsbürgerschaft wechseln musste. Das geschah besonders in den „*Lands Between*“, wie Alexander V. Prusin sein Buch über die osteuropäischen Grenzlande genannt hat, in den Schütterzonen oder in Zwischeneuropa, das zwischen den grossen Imperien des 19. Jahrhunderts, und dann zwischen den grossen Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu liegen kam. Man könnte zahlreiche Biographien aufzählen, denen es passiert ist. Nehmen wir jemanden, der noch vor dem Ersten Weltkrieg in einer Stadt wie Lemberg geboren wurde (Biographien und Memoiren von Manes Sperber, Erwin Chargaff, Roman Rosdolsky u.v.a.)

Er war geboren im Kronland Galizien der Donaumonarchie und ein Untertan Kaiser Franz-Josephs; für einen kurzen Augenblick während der russischen Offensive im Ersten Weltkrieg war er auf russischem Territorium; nach dem Ende der Donaumonarchie wurde Lemberg, die Metropole Ostgaliziens, als Lwiw Hauptstadt der Westukrainischen Volksrepublik; schon 1919 aber wurde Lemberg als Lwów polnische Stadt. Nach der Aufteilung Ostmitteleuropas zwischen Hitler und Stalin im Molotow-Ribbentrop-Vertrag vom August 1939 kam das einst polnische Lwów als Lwiw zur ukrainischen Sowjetrepublik, bis diese nach dem 22. Juni 1941 von der deutschen Wehrmacht angegriffen und besetzt wurde. Die Stadt kam zum Distrikt Galizien des General-Gouvernements Polen und blieb dort bis zur Rückeroberung durch die Rote Armee im Herbst 1944, womit sie wieder an die Sowjetunion fiel. Mit dem Ende der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 wurde Lwiw Stadt des unabhängigen Staates Ukraine. Man mußte nicht 100 Jahre alt werden, um 6 Staatsbürgerschaften zu besitzen. Das meinte Joseph Roth, der im galizischen Grenzort Brody geborene österreichisch-jüdische Schriftsteller, wenn er von Europa als dem „Kontinent der wandernden Grenzen“ sprach. Und das was ich für Lemberg/Lwow/Lwiw gesagt habe, könnte für viele andere Städte im mittleren und östlichen Europa gesagt werden: für die Bewohner von Wilna, das russisch, Stadt in Oberost, polnisch, sowjetisch, deutsch, wieder sowjetisch und endlich litauisch wurde, oder Riga, das russisch, deutsch, lettisch, wieder deutsch und wieder sowjetisch und schliesslich wieder lettisch wurde; Czernowitz, das österreichisch, rumänisch, sowjetisch, rumänisch, sowjetukrainisch und schliesslich ukrainisch wurde.

Man kann Grenzen und Grenzlandschaften bei einiger Übung mit blossem Auge erkennen, auch dann, wenn sie schon lange von anderen Grenzen abgelöst oder überdeckt worden sind. Man kann dann von Phantomgrenzen sprechen. Sie alle kennen solche Grenzen. Wer auf der Brennerautobahn nach Italien fährt, erkennt unschwer, dass Merano Meran und Bressanone Brixen war und Alto/Adige bis zum Ende des Ersten Weltkriegs bzw. zur Konferenz von St.Germain zu Österreich gehört hatte. Wer in der rechtsufrigen Ukraine unterwegs ist, erkennt an den Guts- und Herrenhäusern unschwer, dass dies einmal die Anwesen polnischer Magnaten waren, während man in der heute östlichen Ukraine leicht erkennen kann, dass diese Gebiete einmal zum Taurischen Gouvernement und später zum Donbass, zum „Ruhrgebiet“ des Russischen Reiches und dann der Sowjetunion gehört hatten. An den Flurformen kann man Siedlungsgebiete erkennen, die „die Seite gewechselt hatten“ und bei der Analyse von heutigen Wahlergebnissen und Wählerverhalten zum polnischen Parlament bildet sich noch immer die Jahrhunderte lange Teilung des Landes unter die Teilungsmächte Russland, Österreich, Preussen ab. Der Aktionsradius der Donaumonarchie läßt sich an der Farbe von Bahnhöfen und Bahnhofsrestaurationen zwischen Triest und Sarajewo,

zwischen Karlsbad und Czernowitz ablesen. Czeslaw Milosz, der polnische Dichter aus Wilna, meinte sogar, er könne die Grenze zwischen Ost und West in Europa daran ablesen, wie jemand sein Teeglas halte. Wenn man Europa mit geschulten Sinnen durchquert, fängt der ganze, so fest und stabil vor einem sich erstreckende Kontinent zu tanzen an. Überall hat man es nicht nur mit einer Vielzahl von Stilen, historischen Schichten und Formen zu tun, sondern auch mit einer sich überlappenden Gemengelage, die vielleicht das herausragendste Kennzeichen der Staatsbildung im mittleren und östlichen Europa war: die von entwickelten westlichen Nationalstaaten wie Frankreich und England überlieferte klassische Trias Staat, Volk, Territorium deckte sich in der Regel nicht. Wir haben es mit Gemengelagen zu tun, was zu einer unerhörten Vielfalt, aber auch zu einer in Krisensituationen gefährlichen Instabilität und einer unaufhörlichen Verschiebung von Grenzen führen konnte.

Eine Zwischenbemerkung zu Methodischem:

Im Zeitraffer betrachtet, ist die ganze europäische Geschichte eine ununterbrochene Geschichte der Macht- und Grenzverschiebungen, der Aufkündigung der lange respektierten Abgrenzungslinien, einer nie zum Stillstand kommenden Maschine bald friedlicher, bald gewalttätiger Revision. Geschichtsschreibung ist über weite Strecken Rekonstruktion dieser Entwicklungs- und Revisionsbewegungen. Historiographie arbeitet sich speziell an den Grenzen entlang. Sie ist spezialisiert auf Grenzverschiebungen. Sie nimmt sie als die exaktesten Indikatoren für Dynamik, für Vorstöße und Rückzüge. Die Grenze ist der privilegierte Ort für eine raum-zeitlich fundierte Geschichtsschreibung. Hier misst man die Stärke der Impulse, die Durchschlagskraft von Vorstößen, die Nachhaltigkeit von Innovationen oder auch das Versanden von Vorstößen. Hier zeigt sich, was geschichtsmächtig wird oder was nicht von Dauer eben wieder zurückgenommen wird. Alexander Kulischer hat das 1932 die Flut und Ebbe der geschichtlichen Bewegung genannt, und die grosse Wanderung war für ihn das Haupttagens sogar für Staatsbildungsprozesse.

Noch in einem anderen Punkt sind Grenzen bevorzugte Orte: hier kann man Durchmischungsprozesse, Transferprozesse, Amalgamierungen studieren, aus denen gewöhnlich etwas Neues hervorgeht. Die Grenze bietet einen Erkenntnispunkt besonderer Qualität. An der Peripherie sieht man anders und anderes als im Zentrum, das sich oft selbst genügt. Vielleicht stimmt es, daß viele neue Entwicklungen an der Peripherie, an der Aussengrenze einsetzen, und daß die Kerne neuer Reiche sich an der Aussengrenze alter Reiche bilden. Man kann aus dieser Eigenschaft der Peripherie und der Grenze freilich selber wieder eine Ideologie machen und die Peripherie zum wahren Zentrum, die Marginalität zum „Eigentlichen“ stilisieren: Die Grenze als der Ursprungsort des Originalen und Originellen, das Hybrid als das Superiore (wie etwa Homi Bhaba).

Man kann anhand der Kartenbilder einzelner Staaten – Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Sowjetunion – anschaulich machen, wie vielfach und auch gravierend sich die Grenzen allein im 20. Jahrhundert verschoben haben.

Wenn wir es systematisch angehen wollen, dann will ich mit dem Stand am Vorabend des Ersten Weltkrieges beginnen: den imperialen Räumen

Zweitens: Imperien, imperiale Räume

Die Ordnung, die am Ende des Ersten Weltkriegs auseinanderbrach, war die der Pentarchie, d.h. die der fünf Grossmächte England, Frankreich, Preussen, Österreich, Russland, die nach dem Sieg über Napoleon auf dem Wiener Kongress 1814/1815 geschaffen worden war, erweitert um das Osmanische Reich – auch hier gibt es ein

Jubiläum zu feiern: 200 Jahre Wiener Kongress. Trotz wichtiger Modifikationen – griechischer Befreiungskampf, Krimkrieg, Herstellung des Deutschen Reiches, Berliner Kongress 1878 – blieb das Gleichgewicht der Kräfte irgendwie bestehen. Es handelte sich um Vielvölkerreiche und Kolonialreiche – die einen mehr, die anderen weniger, auf unterschiedlichen Stufen der Modernisierung, Industrialisierung, Urbanisierung. Überall bildeten sich, angeführt von relativ kleinen Schichten der Gebildeten und Intellektuellen, Nationalbewegungen heraus, und auch die Imperien selbst kann man als sich nationalisierende Imperien bezeichnen, die zwar über den Ethnien und Völkerschaften standen, transnational waren, in denen aber doch Titularnationen den Ton angaben: so im Russländischen Reich die Russen, im Osmanischen Reich die Türken, in der Donaumonarchie einerseits die Deutschösterreicher, andererseits die Magyaren, was zu Spannungen führt, die in der Rede vom „Völkergefängnis“ seinen Niederschlag fand. Überall gab es Pan-Bewegungen: Pan-Germanismus, Pan-Slavismus, überall sollte germanisiert, polonisiert, russifiziert, rumänisiert usf. werden. Die Forderung nach Anerkennung der nationalen Eigenständigkeit verband sich mit der Forderung nach demokratischer Mitsprache und beides zusammen ergab jene Mischung, die die ständisch-dynastisch strukturierten Imperien unterminieren und aus den Angeln heben sollte. Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegung im Schosse der alten Imperien begleiten daher die Geschichte vor allem des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Alle Imperien versuchten, in irgendeiner Weise Lösungen zu finden, die zwischen Gewährung grösserer Unabhängigkeit bis zu rabiaten Unterdrückung reichten. So fand man in der Donaumonarchie 1867 den Ausgleich zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Reichsteil; so versuchte man im Zarenreich mit dem Königreich Polen bei gleichzeitiger Niederschlagung der polnischen Aufstände 1830 und 1864 die Polen zu disziplinieren und zu integrieren; so betrieb man im Deutschen Reich gegenüber den Polen in den preussischen Provinzen eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche; so versuchte man im Osmanischen Reich durch die Privilegierung und unterschiedliche Besteuerung der verschiedenen Volks- bzw. Glaubensgruppen die Balance zu halten. Aber schon im späten 19. Jahrhundert gab es Ansätze zu Bewegungen, die für das 20. charakteristisch werden sollten: Auswanderung, Vertreibung – so mit den Tscherkessen und Krimtataren aus dem Russischen Reich, so die Juden und Ukrainer, die aus Galizien und dem jüdischen Ansiedlungsraum nach Amerika auswanderten. Am radikalsten zeigte sich die „Nationalisierung des Imperiums“ wohl im Osmanischen Fall, wo die armenischen Untertanen des Sultans als Agenten und Fünfte Kolonnen des Zaren verdächtigt, verfolgt und in den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts hingetrieben wurden – angeführt von den jungtürkischen nationalistischen Revolutionären wie Kemal Atatürk, der Vater der modernen Türkei.

Alle diese Völker, je loyal gegenüber dem Zaren, Kaiser, Sultan, traten auf der Seite ihrer jeweiligen Imperien in den Krieg ein. Polen kämpften auf österreichischer, russischer, deutscher Seite, Ukrainer auf russischer und österreichischer Seite usf. Häufig wurden diese nationalen Legionen – Pilsudski, Haller, - oder Exilgruppen – Masaryk und Paderewski in den USA - dann zum Kern der Nationalstaatsbildung.

Der Zusammenprall der Imperien wurde zur historischen Chance für die unterdrückten Völker. Je rascher der Zusammenbruch, desto rascher ihr Aufstieg. Nationalbewegung und soziale Radikalisierung unter dem Druck der ökonomischen Belastungen, die der Krieg mit sich brachte, wurden zu den stärksten Antriebskräften für die Demontage, ja den Zusammenbruch der Imperien. 1917 brach das Zarenreich zusammen, 1918 die Habsburg-Monarchie, die Hohenzollern-Monarchie und das Osmanische Reich.

Die 14 Punkte des Programms des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson - und auf andere, aber durchaus konkurrierende Weise Lenins Programm der

Selbstbestimmung der Völker - bildeten den Ausgangspunkt für die politische, räumliche Neuordnung Europas nach dem Krieg, wie sie in den Pariser Vorortverträgen festgelegt wurde.

Die rasche Folge, in der die Imperien von der Bühne der Weltgeschichte abtraten, macht fast vergessen, dass sie von so langer Dauer waren. Der Schock über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs war ja auch deshalb so heftig, weil man sich eine Welt jenseits der „Welt von gestern“, so der berühmte autobiographische Bericht von Stefan Zweig, gar nicht hatte vorstellen können. Eine Welt, die über viele Generationen sich aufgebaut hatte und die sich als erstaunlich realitätstüchtig und fähig zur Konfliktvermittlung erwiesen hatte. Im Nachhinein und im Angesicht der heutigen Konstruktion eines postnationalen Europa wird die ausserordentliche Leistung der Imperien erst wieder gewürdigt, und eine neue Forschung, die sich dem *imperial turn* widmet, versucht zu klären, warum sie bei aller ihnen zugeschriebenen Antiquiertheit so leistungsfähig gewesen sind: dass sich ihre Metropolen als multinationale und multikonfessionelle Gesellschaften erwiesen haben; dass Prozesse einer transnationalen Elitenrekrutierung erfolgreich waren – die griechischen Phanarioten im Osmanischen Reich, die Deutschbalten bzw. Russobalten als die „loyalsten Untertanen des Zaren“, die Beamtschaft der Habsburg-Monarchie – und dass es ihnen gelungen ist, die Imperien auf die Grundlage einer modernen Infrastruktur zu stellen: Eisenbahnbau, Kommunikationswesen, Schul- und Gesundheitswesen, deren Monumente – Bahnhöfe, Gymnasien, Schlachthöfe, Hotels, Postämter usf. – man bis heute bestaunen kann, ob in Triest oder Brunn, in Czernowitz oder in Odessa, in Lodz oder in Riga, in Posen oder in Breslau. Gerade die Nationalisierung dieser im Grunde transnational-imperial angelegten Infrastruktur, der Übergang von den imperialen Grosswirtschaftsräumen zu den kleineren Räumen der Nationalökonomie, stellte eines der Hauptprobleme der postimperialen Zeit dar Die neuen Grenzen durchtrennten die gewachsenen Strukturen, ihre Folgen – Eisenbahnnetze, Infrastruktur - kann man bis heute sehen.

Drittens: Post-imperiale Nationalstaaten und ethnische Homogenisierung

In den Pariser Vorortverträgen wurde die auf dem Wiener Kongress beschlossene Ordnung samt den Grenzziehungen zu Grabe getragen. Eine gänzlich neue Staatenwelt nahm Gestalt an

- mit dem Vertrag von Versailles mit Deutschland im Juni 1919
- mit dem Vertrag zu Österreich von St.Germain-en-Laye im September 1919
- mit dem Vertrag von Neuilly mit Bulgarien im November 1919
- mit dem Vertrag mit Ungarn in Trianon im Juni 1920
- mit dem Vertrag mit der Türkei in Sevres im August 1920
-

Die Kommissionen von Experten aller Art – von Demographen, Ökonomen, Kartographen – entwarfen ein Europa, das der Hauptlinie – Selbstbestimmung der Nationen – folgten sollte, in Wahrheit aber doch sehr stark von den Interessen der Siegermächte, also der Entente, geprägt war, abgesehen davon, dass eine Macht wie Russland gar nicht in Versailles vertreten war. Die Verlierer-Staaten – Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien - verloren Territorien und waren entscheidenden Restriktionen und Reparationen unterworfen.

Das Deutsche Reich, das weiterexistierte, verlor Gebiete an Dänemark, Belgien, Frankreich, vor allem aber an das wiedererstandene Polen.

Bulgarien verlor die Küstengebiete an Griechenland.

Die Türkei verlor die Gebiete, die durch das Sykes-Picot Abkommen und die Balfour-Deklaration unter britische und französische Oberherrschaft kamen: Syrien, Libanon, Irak, Palästina.

Österreich verlor Gebiete – Südtirol und Istrien – an Italien, an die Tschechoslowakei und – besonders Ungarn – an Rumänien sowie an den neuen Staat Jugoslawien.

Aus dem Bestand des Russischen Reiches waren Finnland, Estland, Litauen, Lettland, vorübergehend auch die Ukraine hervorgegangen und auch Polen.

Das Russische Kaiserreich hatte erst durch den Frieden von Brest-Litowsk die westlichen Gouvernements – bis kurz vor Petrograd – verloren, die Ostseeprovinzen und Finnland waren selbständig geworden, Bessarabien fiel an Rumänien.

In Grenzgebieten, in denen die Mehrheitsverhältnisse nicht ganz eindeutig waren, wurde durch Volksabstimmungen unter Aufsicht des Völkerbundes Grenzziehung und staatliche Zugehörigkeit ermittelt. So etwa in Schleswig, Eupen und Malmedy, Oberschlesien, dem Klagenfurter Becken, Ödenburg und südliche und westliche Gebiete von Ostpreussen.

Die aus diesen Verträgen hervorgegangenen Staaten sollten Nationalstaaten sein, die nach Möglichkeit ethnisch homogen sein sollten, doch in Wahrheit waren sie Vielvölkerstaaten, in denen es zwar eine Titularnation gab, aber einen hohen Anteil an Minderheiten. Dies war das von den Imperien übernommene Erbe der ethnischen, sprachlichen, konfessionellen Gemengelage. Die Minderheitenfrage und die damit verbundene Anerkennung oder Infragestellung der Grenze wurde damit zu einem Hauptproblem der Zeit nach 1918 oder – wie wir in der Retrospektive sagen: der Zwischenkriegszeit.

Die Nachfolgestaaten der grossen Imperien hatten das Minderheitenproblem geerbt und sie mußten versuchen, einen Weg zwischen den Extremen zu finden: die Extreme waren die rücksichtslose Assimilation, die nur um den Preis der Unterdrückung und Verfolgung zu haben war, oder die Entfernung jener Volksgruppen aus dem Staatsterritorium. Der Völkerbund – ebenfalls ein Produkt der Pariser Friedenskonferenzen – sollte die Einhaltung der Minderheitenrechte überwachen, was manchmal geschah, noch öfter aber von Staaten, die sich stark genug fühlten, einfach ignoriert wurden – wie etwa Staaten der „Kleinen Entente“ wie Polen oder Rumänien – Selbst einigermaßen konsolidierte Staatswesen wie die tschechoslowakische Republik taten sich schwer mit der Respektierung der nicht-tschechischen Minderheiten, also der Magyaren und vor allem der Deutschen. Besonders krass war der Fall Polens, wo etwa 30 Prozent der Bevölkerung nicht dem Titularvolk angehörten, also Ukrainer, Lemken, Juden, Deutsche, Litauer.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert war es fast ein Gemeinplatz anzunehmen, dass nur ethnisch homogene, ethnisch vereinheitlichte Staaten solide, stabile, intakte Gemeinwesen sein konnten. Staatstheoretiker wie Johann Bluntschli und George Montandon haben früh und spätestens in der Zeit des Ersten Weltkriegs die These von der ethnisch homogenen Nation und von der Legitimität der ethnischen Säuberung formuliert. Minderheiten galten als unsichere Kantonisten, die im Verdacht standen illoyal zu sein und mit dem äußeren Feind unter einer Decke zu stecken. So kam es schon während des Grossen Krieges zu Massendeportationen und sog. Evakuierungen – etwa von über einer halben Million Juden und Deutschen aus den westlichen und frontnahen Gebieten des Zarenreiches ins Innere Russlands, da man sie für potentielle Agenten und Kollaborateure der Mittelmächte hielt. So kam es unter dem Vorwand der Sicherung der Front zu den Massendeportationen von Armeniern aus ihren angestammten, frontnahen Heimatgebieten, die wie wir wissen, im ersten Genozid des 20. Jahrhunderts endeten. Bereits im Vorfeld des Ersten Weltkrieges, während des

ersten und zweiten Balkankrieges war mit Bevölkerungstransfers – Bulgaren, Türken und Griechen - experimentiert worden. In vollen Schwung und vor aller Weltöffentlichkeit aber wurde der Bevölkerungstransfer als ein Mittel der Konfliktlösung und Friedenssicherung im Zuge des griechisch-türkischen Krieges entwickelt und im Abkommen von Lausanne von 1923 beglaubigt. Hier wurde vereinbart dass etwa 1 Million Christen, Griechen aus Kleinasien nach Griechenland deportiert würden und eine halbe Million Muslime, Türken aus Griechenland, vor allem Salonika und Thrakien nach Kleinasien geschafft werden. Der von Lord Curzon als „Unmixing Nations“ beschriebene Vorgang, 1923 sanktioniert, ist die erste paradigmatische ethnische Säuberung des 20. Jahrhunderts und hat Schule gemacht. Immer ging es, so Hannah Arendt - um die Übereinstimmung von Ethnos, Staat und Territorium. Darin sah man die Garantie für Stabilität und Frieden. An den Grenzziehungen der Zwischenkriegszeit vollzog sich die Ethnische Flurbereinigung, wie die Nazis das später nennen sollten.

Exkurs:

Hier ist ein Satz notwendig darüber, wie die Sowjetunion, die ja eigentlich eine Art *translatio imperii*, ein russländisches Imperium in neuer Gestalt war, im ersten nachrevolutionären Jahrzehnt gelöst hat. Die Bolschewiki haben die umstürzende Dynamik der Völkeremanzipation sofort erkannt und für sich genutzt. Dies war einer der Gründe ihres Sieges über die Weissen, die an dem „einen unteilbaren Russland“ um jeden Preis festhalten wollten. 10 Jahre gab es so etwas wie einen Völkerfrühling von ungestüme Kraft und Eindringlichkeit – kulturell, sprachlich, künstlerisch. Diese Zeit der nationalen Blüte ging Anfang bis Ende der 1930er Jahre unter Stalin zu Ende, als nationale Belange als nationalistisch und konterrevolutionär denunziert und massiv verfolgt wurden. Die Sowjetunion Stalins fand eine neue Imperialform, den transnationalen Sowjetpatriotismus mit dem Russischen als der Titulnation, der im Grossen Vaterländischen Krieg und den Sieg über Hitler-Deutschland auch im grossen Stil bekräftigt wurde.

Doch zurück zur ethnischen Homogenisierung entlang der neuen Grenzen und ihrer Radikalisierung. Den Höhepunkt erreichte diese Linie in der rassistischen und über den imperialen Nationalismus hinausweisenden Programmatik und Praxis der Nazis, die ja nicht die Nation, sondern die Rasse als den höchsten Wert ansahen. Ethnische Säuberung schlug in ihren Plänen um in die Einteilung der Welt in höher- und minderwertige Rassen und in die Begründung der Vernichtung der sog. Minderwertigen, d.h. der Slaven und vor allem der Juden. Die Planung des nationalsozialistischen Deutschland umfasste Völkerverschiebungen grössten Ausmasses und eine neue Kartierung der demographischen und politischen Topographie. Sammeln des deutschen Volkstums, wo immer es sich fand und Abschiebung des nicht-deutschen Volkstums über die Grenze. Das fängt an mit der Ausweisung von sog. Ostjuden aus dem Reich, dem Anschluss der Deutschböhmen nach dem Münchener Abkommen 1938, dem Anschluss Österreichs ebenfalls 1938, über die Pläne, die Südtiroler Mussolini zuliebe aus Südtirol auszusiedeln und sie nach Burgund oder auf die Krim zu verschicken, über die Verträge zwischen Hitler und Stalin über die Deutschen, die aus dem Baltikum, aus Bessarabien, aus Galizien zurückgeführt werden sollten „Heim ins Reich“, auch wenn sie schon seit Hunderten von Jahren jenseits der Heimat gelebt hatten, bis hin zu den Projekten des Generalplan Ost, in dem 30 Millionen Menschen in eine Linie östlich von Archangelsk-Krim abgeschoben und dem Tod preisgegeben werden sollten und bis zu der systematischen Vernichtung der europäischen Juden durch Arbeit und industriell betriebenen Massenmord. Die Herstellung eines rassistisch homogenen, von den Nazis beherrschten Europas mit seinen Abermillionen von Opfern schlug irgendwann zurück

auf die Deutschen selbst, als die Front im Osten zusammenbrach und die Deutschen aus ihren jahrhundertealten Wohnstätten im östlichen Europa und aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches für immer in die Flucht getrieben, ausgesiedelt oder einfach vertrieben wurden – der größte Bevölkerungstransfer, den es geschichtlich gegeben hat und der im Abkommen von Potsdam, Artikel 13, amtlich gemacht worden ist von den Siegermächten. Seither gibt es so etwas wie ethnisch komplett homogenisierte Staaten: polonisiert, litauisiert, rumänisiert, germanisiert usw. An die 12 Millionen Deutsche waren nach Westen vertrieben worden, Millionen von Polen aus der Sowjetunion nach Polen „repatriert“ worden, Hunderttausende von Ukrainern aus den polnischen Grenzgebieten des Süden deportiert worden, Italiener wurden aus Dalmatien und Istrien vertrieben – nicht zu reden von den politischen Flüchtlingen in der Weltkriegsepoche (Russische Emigranten, Spanischer Bürgerkrieg, Griechischer Bürgerkrieg u.a.).

Europa war zu einem Kontinent der „Displaced Persons“ geworden – ein Terminus, den Jewgeni Kulischer in seinem grossen Buch „Europe on the Move“ von 1948 geprägt hatte. Nirgends war das Programm der ethnischen Flurbereinigung, so der Nazi-Terminus, so radikal zu Ende geführt worden, bis in den Genozid, aber die Vorstellung, dass mit der Wegschaffung von Minderheiten für immer Frieden hergestellt werden könnte, war fast so etwas wie eine europäische idee fixe, die von Lausanne 1923 bis zur Potsdamer Konferenz 1945 reichte. Mit der Potsdamer Konferenz einerseits und dem Beginn des Kalten Krieges andererseits kommt die Politik des „Unmixing Nations“ zu Ende. An die 60 bis 80 Millionen Menschen sind in Europa im Zuge der Entflechtung und ethnischen Vertreibung ihrer Heimat beraubt worden, in vielen Fällen waren sie verbunden mit demographischen Revolutionen und Katastrophen. Am Ende – nach Jalta, nach Potsdam - standen mehr oder weniger purifiziert, ethnisch homogene Staaten, Polen, Litauen, die Tschechoslowakei vor allem. Die ethnischen Minderheiten waren weggeschafft und die allgemeine Überzeugung, dass man durch Beseitigung der Minderheiten auch die Ursache für Konflikte und Kriege beseitigt habe, hatte sich durchgesetzt. Wie sich am Ende des kalten Krieges zeigen sollte, gab es noch Vielvölkerstaaten: Jugoslawien und die Sowjetunion. Und in den westlichen Gesellschaften begannen sich im Zuge der Arbeitsmigration neue Minderheiten zu bilden, eine Art „Remixing Nations“ – in gewisser paradoxer Weise ein Wiederbeginn bei der Bildung komplexer Gesellschaften.

Um das halbwegs nachvollziehen zu können, muss man noch einmal zurück zu der Fragen, weshalb die Grenzfrage und Minderheitenfrage so eng miteinander verzahnt waren.

Viertens: Volkstum, Revisionismus, Irridentismus

Die Grenzziehungen nach Versailles hatten überall in Europa Minderheiten jenseits der Grenzen des „Mutterlandes“ entstehen lassen. Alle Nachkriegsverträge stehen für bestimmte neue Grenzverläufe: Versailles für den Verlust von Elsass-Lothringen und Oberschlesien und andere Gebiete; Trianon für den Verlust von 2/3 des Staatsgebietes Vorkriegsungarns; St.Germain unter anderem für den Verlust Deutsch-Böhmens und Südtirols; der Rigaer Friede 1921 und die Curzon-Linie für den Verlust von Gebieten, die vor der polnischen Teilung zu Polen gehört hatten. Sowie weitere Verträge und Grenzziehungen (einschliesslich Naher Osten, China, Kolonialgebiete in Afrika usw.). Die Verluste gingen wesentlich aufs Konto der Mittelmächte, die sich gegen die Gebietsverluste, die Demütigung, die Ungleichbehandlung infolge der Kriegsschuldfrage,

wehrten. Überall blühte in den Verliererstaaten der Revisionismus. Die neuen Grenzen wurden de facto nicht anerkannt. Man arbeitete auf die Revision hin. Man instrumentalisierte die Ko-Nationalen auf der anderen Seite der Grenze für diese Politik. Europa nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war ein Kontinent der irridentistischen Bewegungen. Diese aufzubauen und zu beflügeln war nicht schwer.

Erstens waren die Auslandsdeutschen – in diesem Fall, aber es gab auch polnische Siedler in der Westukraine oder in Litauen – um ihre einst führende Stellung gebracht worden – in den baltischen Staaten, in Polen, Tschechoslowakei, wo sie ökonomisch, politisch, kulturell überproportional und dominant waren vor 1914; nun waren sie Bürger zweiter Klasse geworden.

Zweitens, überall vor allem im östlichen Europa gab es genügend bewaffnetes Personal, das den Weg aus dem Krieg zurück ins bürgerliche Alltagsleben nicht mehr fand. Abertausende von Soldaten, Offizieren hielten sich in den Territorien des einstigen Landes Oberst auf, führten auf eigene Faust den Kampf weiter und waren der Überzeugung, dass sie „im Felde unbesiegt“ in Wahrheit von Leuten in der Heimat verraten worden seien – „Dolchstosslegende“. Diese Haufen von kriegserprobten, im Krieg oft verrohten, Söldnern und Landsknechten nicht unähnlichen Männerbünden bildeten den harten Kern der revisionistischen und irridentistischen Bewegungen, und später in der Heimat, den harten Kern extremer nationalistischer und antisemitischer Kampfbünde – der Freicorps. Für sie waren die Grenzen, die sie nicht anerkannten, „offene Wunden“. Für sie ging der Kampf weiter – und viele, die im Freicorps-Milieu im Osten sozialisiert worden waren, waren auch wieder zu Stelle, als Hitler 1939 den Zweiten Weltkrieg begann.

Drittens: man darf nicht übersehen, dass es ein grosses Echo jenseits und diesseits der Grenzen für revisionistische Bestrebungen gegeben hat. Die Auslandsdeutschen, die sog. Volksdeutschen, standen in engem Kontakt mit Institutionen, Organisationen im Reich selbst – bis hin zum Auswärtigen Amt -, es gab nicht nur finanzielle und organisatorische Unterstützung, sondern die Ausarbeitung einer ideologischen und politischen Linie, die strategischen Zielsetzungen folgte. Es ging darin um die Bewahrung des Kulturerbes der Deutschen, um die Rechtfertigung einer zivilisatorischen Mission der Deutschen im Osten, um die Festigung des in Sprachinseln verstreuten Deutschtums, um Ausbildung und organisatorischen Zusammenhalt. Man kann dies nicht rundheraus verurteilen oder kritisieren, ging es doch darum, unter den neuen Bedingungen sich „neu aufzustellen“, aber in Anbetracht der zunehmenden nationalistischen, imperialistischen und revisionistischen Bestrebungen in Deutschland 1933 gerieten sie alle in den Sog eben dieser Politik, eine Art Selbstgleichschaltung und bereitwillige Instrumentalisierung für die Politik Hitler-Deutschlands, das erst auf ein Gross-Deutschland hinarbeitete, dann auf ein deutsch beherrschtes Europa. Der Anschluss Österreichs und des Sudetengebietes, des Memelgebietes und schliesslich Danzigs – all dies erfolgte unter Ausnutzung der Deutschen jenseits der Grenzen.

Viertens: Diese Politik wurde begleitet von einer elaborierten Theorie oder Ideologie der Besonderheit des deutschen Volksgeistes, des Zusammenhangs von Volksgeist und Volksboden, von Kultur und Territorium. Mit der Ausarbeitung einer völkischen Theorie und Ideologie beschäftigten sich Akademien, Institute, Gelehrte und Ideologen, und ein entfalteter Propaganda-Apparat.

Die irridentistischen Bewegungen waren nicht auf Deutschland beschränkt, es gab sie auch anderswo, aber hier waren sie am ausgeprägtesten und folgenreichsten. Nach dem Ende der Revision und dem Übergang zur imperialen Unterwerfung Europas wurde diese Linie weiter ausgearbeitet in Siedlungsplänen für den Osten Europas (Städtebau, Landwirtschaft, eine neue Kulturlandschaft usw.).

Mit der Zerschlagung des Hitlerreiches und dem Beginn des Kalten Krieges waren die Grundlagen für irridentische Bewegungen verschwunden, auch wenn die de-jure Anerkennung der Grenzen und der Verzicht auf gewaltsame Grenzänderungen immer noch auf sich warten liess: bis zum Abschluss der Ostverträge in Warschau, Prag, Moskau, in mancher Hinsicht sogar bis zur deutschen Wiedervereinigung.

Erst mit dem Ende des kalten Krieges brachen die noch existenten, aber eingefrorenen Konflikte in den verbliebenen Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien wieder auf.

Fazit: die Zwischenkriegszeit ist eine Zeit der Grenzfindung – mit gewaltsamen wie mit diplomatischen Mitteln – sie mündete ein in die Revision der Grenzen. Die Instrumentalisierung der Minderheiten jenseits der Grenzen und Ethnonationalismus spielten dabei eine zentrale Rolle.

Fünftens: Grenzverschiebung und völkischer Irridentismus nach dem Ende des Kalten Krieges

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Staatenlandschaft wieder in Bewegung geraten. Es gab die Trennung von Staaten auf friedliche, kontrollierte, humane Weise – wie die Trennung der Tschechischen republik von der Slowakei, unterzeichnet in der Villa Tugendhat von Mies van der Rohe in Brünn. Es gab das brutale Zerfetzen der Vielvölkerlandschaft Jugoslawien durch die ethnonationalistisch gewendeten Ex-Kommunisten, allen voran Milosevic und seine Generäle und Freicorps-Banden. In einigen Ländern sind Minderheitenprobleme wieder aufgetaucht – die Pomaken, die türkischsprachigen Bürger Bulgariens, aber im Grossen und Ganzen gibt es kein Minderheitenproblem. In den baltischen Staaten hat es Spannungen gegeben, aber sie sind schiedlich-friedlich beigelegt worden.

Bis zum März 2014, als die Russische Föderation die Krim, das Territorium der Ukraine annektierte und der Russischen Föderation anschloss, und bis in die Gegenwart, wo – von Russland aus gefördert – terroristische Banden Städte in der östlichen Ukraine – Donezk, Slavjansk, Kramatorsk gekidnappt haben und einen Krieg gegen die ukrainische Regierung führen. Man kann vor Ort oder per Internet den Versuch der Zergliederung des zweitgrößten Staates in Europa verfolgen. Man kann mit blossem Auge die Fragmentierung des Landes, die neue Grenzziehung, die Instrumentalisierung irridentistischer Bewegungen und die dazu gehörigen Ideologie und Propaganda studieren. Die Parallelen zum Revisionismus und Irridentismus der Zwischenkriegszeit sind erstaunlich: die Prozedur und Organisation des Anschlusses; die Produktion von Feind- und Unterdrückungsbildern; der Einsatz von Landsknecht und Freicorpsformationen; die Ausarbeitung einer Legitimationsideologie für Annexion und Irridentismus. In vielem ist es wie ein *deja vu* – etwa die Physiognomie der terroristischen Aktivisten von Donezk, Lugansk usw. angeht (Söldnerfiguren, gekaufte Leute, out-casts, gescheiterte Existenzen, Bürgerkriegsspezialisten, Geheimdienstler, Romantiker, Public Relation-Profis), aber auch die ideologische Begleitmusik, die an den völkischen sound der 20er und 30er Jahre erinnert. Russland ist überall, wo Russen sind und wo russisch gesprochen wird, auch wenn diese Menschen Bürger eines unabhängigen Staates sind. Russische Interventionen sind überall legitim, wo Russen

und russisch-sprachige Menschen sich bedroht fühlen oder von denen behauptet wird, dass sie sich bedroht fühlen – und das lässt sich leicht von den Ländern des „nahen Auslandes“ sagen, von den baltischen Staaten mit ihren grossen russisch-stämmigen Bevölkerungsteilen, aber auch von Kasachstan oder Belarus. Putin, der sich zum Sprecher aller Russen – auch jenseits der Grenzen - macht, zerstört damit die Einheit Russlands selbst, das bekanntlich ja nicht allein aus Russen besteht. Es ist ein eigenes Kapitel, diese neue – völkisch-imperiale - Ideologie zu analysieren. Hier kommt vieles zusammen: Traumatisierung durch den Zerfall der UdSSR, in dem sich Russland über Nacht in neuen Grenzen und radikal veränderten Verhältnissen wiederfand; Nicht-Bewältigung des Übergangs zu einer Modernisierung, die das ganze Land betrifft, und nicht nur einzelne Zentren wie Moskau, Sankt-Petersburg oder Kazan; eine Demütigung, die nicht der angeblichen Einkreisung durch die NATO geschuldet ist, sondern der selbstverschuldeten Unfähigkeit mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fertig zu werden; die Notwendigkeit, Feinde zu erfinden, um den Zusammenhalt des Landes zu sichern, eine Form „negativer Integration“ (Lew Gudkow); Mobilisierung nationaler Mythen anstatt Bewältigung der Gegenwart. Das alles: ein kleiner, chirurgisch präzise geführter erfolgreicher Krieg für den Augenblick anstatt der Bewältigung der Generationenaufgabe, das grosse, an Begabungen so reiche Land in Ordnung zu bringen. Salopp ausgedrückt: es ist einfacher die Krim zu annektieren und die Ukraine an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen, als eine Autobahn zwischen Moskau und Sankt Petersburg zu bauen, nicht zu reden von den säkularen Aufgaben dieses Riesenland ins 21. Jahrhundert zu führen. Nach dem nationalistischen Rausch wird man zu den Hausaufgaben zurückkehren müssen – oder weiter die Flucht nach vorn antreten, Putins Weg ins Verhängnis nicht nur für Russland, sondern für Europa.

Grenzen sind, wie der grosse Anthropogeograph Friedrich Ratzel gemeint hat, so etwas wie „die Haut von Gemeinwesen“. An ihr kann man ablesen, wie ein Staat im Innern aussieht, wie er funktioniert, ob er offen oder geschlossen ist, durchlässig oder abweisend, einladend oder aggressiv. Grenzen zu achten ist soviel wie die Achtung der Integrität des benachbarten Gemeinwesens. Der Angriff auf die Ukraine ist nicht ein kleiner Verstoss unter und neben anderen, sondern ein Akt, der wie ein Blitzstrahl die Szene erhellt und uns zeigt, woran wir sind. Zivile Gemeinwesen können über Grenzen sprechen, wie in der Tschechoslowakei, vor kurzem in Schottland und demnächst vielleicht in Katalonien. Sie sind nicht ewig, nicht unveränderlich. Aber der Einsatz von Gewalt zeigt, dass hier etwas anderes vor sich geht. Es geht nicht nur um die Grenze der Ukraine, sondern um die Anerkennung oder Verletzung der Regeln, nach denen wir in Europa leben wollen, um eine Gewalt, der wir uns unterwerfen oder der wir Widerstand entgegensetzen werden.

Karl Schlögel, Berlin im September 2014